



Beschluss der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Abgeordnetenhaus von Berlin, 2.3. 2018

DIGITAL FÜR ALLE: EINE DIGITALE AGENDA FÜR BERLIN

In den letzten zehn Jahren sind viele Bereiche unseres Lebens digitalgestützt und damit oftmals auch bequemer geworden: Wir nutzen Carsharing per Smartphone, erledigen Online-Banking und unseren Haushalt per Sprachassistenten. Auch unsere Arbeitswelt ist eine andere geworden. Wir verbuchen die Rechnungen online, wir nutzen voice-over-IP mit den Büros in Frankfurt und Shanghai, drucken in 3D, die Paketlieferungen sind in Echtzeit nachvollziehbar, wir sind permanent erreichbar und lesen dienstliche Mails spät in der Nacht. Es entstehen neue Arbeitsplätze und -felder, einige enden. Viele Veränderungen führen zu ökologischen Einsparungen, andere steigern den CO₂-Ausstoß. Und doch müssen wir uns bewusst sein, dass wir uns erst am Anfang befinden, denn die weitreichendsten Veränderungen einer gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Transformation durch den Dreiklang von Digitalisierung, Automatisierung und Vernetzung stehen uns erst bevor.

Berlin ist dabei ein Stadtlabor: Viele neue digitale Formate werden zuerst in der Hauptstadt getestet. Viele Fragen, die durch die Digitalisierung aufkommen, stellen sich in unserer Stadt damit früher als anderswo - seien es Ferienwohnungen oder Taxidienste, die über Plattformen angeboten werden, Automatisierungen von Versandhandel oder die Nutzung von Gesundheitsapps. Mit den neuen Technologien entsteht oftmals Regelungsbedarf – sei es hinsichtlich der sozialen und gesellschaftlichen Auswirkungen oder der Datenberge, die intelligent ausgelesen als Grundlage für andere Entscheidungen dienen. Viele Neuerungen bringen viele Annehmlichkeiten mit sich – je höher die Bequemlichkeit desto stärker die Nutzung. Für uns Grüne stellt sich die Frage der politischen Gestaltung der Digitalisierung: Wie schaffen wir es die Chancen der Digitalisierung zu nutzen und die Risiken zu minimieren? Wie sichern wir Selbstbestimmung, Freiheit und gesellschaftlichen Zusammenhalt in der digital geprägten Welt? Wie sichern wir die parlamentarische und politische Kontrolle von Digitalisierung und Automatisierung in unserer Stadt?

Berlin ist als urbaner Raum, in dem sich Digitalisierung verdichtet und dynamisiert, ein zentraler Ort unserer Gesellschaft, in dem Antworten auf diese Fragen gefunden werden können - und sollten!

Unser Ziel: Wir wollen diese Veränderungen gestalten, um ökologische Verantwortung und ökonomische Potenziale miteinander zu verknüpfen. Digitalisierung, Automatisierung und Vernetzung bieten vielfältige Chancen, allen Bürgerinnen und Bürgern Teilhabe zu ermöglichen, das Bildungs- und Gesundheitssystem zukunftsfähig zu machen, unsere Wirtschaft zu stärken, unsere Verwaltung zu modernisieren und das Leben der Menschen insgesamt bequemer und besser zu machen. Bei all dem werden wir durch neue Regeln für einen verlässlichen Ordnungsrahmen sorgen. Damit wollen wir Datenschutz, Datensicherheit Diskriminierungsschutz und Innovationen durch technologische Offenheit im Sinne der Bürgerinnen und Bürger schützen und vorantreiben.

Neue Herausforderungen: neue digitale Landesregierung

Um als Land auf die Veränderungen der Digitalisierung zu reagieren und die Chancen zu nutzen, muss das Thema als Querschnittsthema begriffen werden. Schleswig-Holstein ist mit einem sogenannten „Digitalisierungskabinetts“ einen ganz neuen Weg gegangen, mit dem Ziel die Region zu einer digitalen Vorzeigeregion auszubauen. Damit Berlin digital besser aufgestellt ist, braucht unser Bundesland auch solch eine Digitale Agenda. Der *Koordinator Digitales Berlin* koordiniert den Weg zur digitalen Berliner Landesregierung. Sie treibt die Berliner Digitale Agenda auf Basis der Maßgaben von Nachhaltigkeit, Teilhabe, Datenhoheit und wirtschaftlicher Entwicklung durch Innovation voran und steuert nach dem Vorbild aus Schleswig-Holstein die verschiedenen digitalisierungsrelevanten politischen Aktivitäten auf höchster politischer Ebene. Mit einem Innovationstopf wollen wir besonders innovative Digitalisierungsprojekte in einzelnen Senatsverwaltungen ermöglichen.

Auf dem Weg zu einer Digitalen Agenda braucht es den Bürgerdialog „Mein digitales Berlin“, um mit den Menschen in Berlin gemeinsam zu erarbeiten, was in unserer Stadt digitaler, automatisierter und vernetzter werden soll. Um zivilgesellschaftliche Institutionen aktiv in diesen Prozess einzubinden, soll der Senat unter Federführung des Koordinators Digitales Berlin ein Förderkonzept für digitale Zivilgesellschaft entwickeln, um insbesondere die sehr vielfältige und aktive Szene in Berlin einzubinden.

Digitale Infrastruktur: schnell, neutral und offen für alle

Wir wollen digitale Teilhabe für alle. So viele Menschen wie möglich sollen deshalb direkt an das Glasfasernetz angeschlossen werden, statt mit aufpoliertem Kupferkabel abgespeist zu werden. Die digitale Glasfaserinfrastruktur begreifen wir als Schnittstelle zum guten Leben, zu der alle offenen, gleichberechtigten und freien Zugang haben. Das ist für uns inzwischen eine Frage öffentlicher Daseinsvorsorge. Selbst die Berliner Stadtwerke könnten eines Tages Breitband anbieten. Warum nicht?

Wer mit Schulleiter*innen oder IT-Administrator*innen von Bibliotheken redet, stellt schnell fest, dass viele Tablets und E-Learning-Angebote ungenutzt liegen, weil die Bandbreite an ihren Standorten nicht ausreicht, um alle Schüler*innen oder Nutzer*innen online gehen zu lassen.

Inzwischen ist die digitale Infrastruktur für die Berliner Wirtschaft zum Standortfaktor geworden. Rund 180.000 Unternehmen und Kleinbetriebe benötigen eine leistungsfähige, belastbare und zukunftssichere Digital- und Telekommunikationsinfrastruktur als zentrale Grundlage ihres gesamten wirtschaftlichen Handelns. Neun von zehn Unternehmen gehen davon aus, dass ihr eigener Breitbandbedarf in den nächsten Jahren steigen wird. Benötigt werden dann Übertragungsraten von 500 Mbit/s und mehr. Hier muss Berlin dringend nachsteuern.

Unser konkreter Lösungsansatz: Auf Landesebene muss sich die Zusammenarbeit von Senat, Netzbetreibern und anderen Infrastrukturanbietern, wie Versorgungs- und Wohnungswirtschaft sowie landeseigenen Betrieben, deutlich verbessern. Ziel ist es, die Glasfaserinfrastruktur in Berlin innerhalb der nächsten fünf Jahre umfassend auszubauen. Alle öffentlichen Institutionen, wie Bibliotheken, Stadtteilzentren und Volkshochschulen, sollen einen Glasfaseranschluss erhalten. **Dafür wollen wir einen Investitionstopf „Schnelles Internet“ schaffen.** Das ITDZ – als zentraler Berliner IT-Dienstleister – soll die Koordination der Umsetzung in die Hand nehmen. In einem Glasfaserausbaukonzept sollen Meilensteine und Maßnahmen definiert, klare Zuständigkeiten geschaffen und Kooperationen zwischen Marktakteuren gefördert werden.

Die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe wird dazu ein **Netzbündnis** initiieren und durch regelmäßigen Dialog mit Marktakteuren und den Verwaltungen von Land und Bezirken die relevanten Fachthemen besprechen und bezirksübergreifende strategische Ansätze und Maßnahmen koordinieren und damit den Glasfaserausbau beschleunigen.

Neben dem Glasfaserausbau treiben wir den Aufbau des 5G-Netzes voran. Auch 5G braucht flächendeckend Glasfaser. Dazu braucht es bis Mitte 2019 eine einheitliche Genehmigungspraxis der zwölf Bezirke. Auch die Öffnung von Landesimmobilien für Sendemasten und weitere Infrastrukturträger muss klarer geregelt werden. Der Ausbau der Mobilfunknetze muss in den U-Bahn-Tunneln ebenso unkompliziert ermöglicht werden, wie er in der Nord-Süd-Verbindung der Bahn heute schon Realität ist.

Ergänzend fördern wir den Ausbau von freiem WLAN in öffentlichen Gebäuden, wie Krankenhäusern, Bibliotheken, Schulen und im öffentlichen Nahverkehr. Überall dort, wo man die Chance zum Innehalten und Ausruhen hat, wollen wir öffentliches, freies und unbegrenztes WLAN anbieten, um das soziale und kulturelle Leben dieser Stadt auch auf der digitalen Ebene zugänglich zu machen. Die verschiedenen WLAN-Angebote des Landes sowie der Landesunternehmen wollen wir durch einen einheitlichen und sicheren Zugang und Namen – der Berlin-SSID – noch einfacher machen.

Für alle Nutzungen gilt für uns das Leitprinzip der **Netzneutralität** – also die Gleichbehandlung aller Daten im Internet.

Für mehr Transparenz: Open Data, Open Government und Open Source

Wir befinden uns in einer Zeit, in der Daten als Rohstoff bezeichnet werden. Gerade uns Grünen, mit jahrzehntelanger Expertise in einem verantwortungsvollen Umgang mit unserer Welt, ist auch in diesem Fall ein nachhaltiger Umgang mit diesen digitalen Rohstoffen wichtig. Private Daten wollen wir besser schützen, öffentliche Daten aber für die Allgemeinheit nutzen!

Je offener anonymisierte Daten zur Verfügung stehen, desto mehr gesellschaftliche Innovation kann durch die Nutzung der öffentlichen digitalen Güter entstehen. Die Open-Data-Strategie Berlins muss deshalb konsequent weiterentwickelt werden. Das Ziel ist, alle amtliche Verwaltungsdaten in offenen Formaten strukturiert, barrierefrei und maschinenlesbar über eine einheitliche Schnittstelle grundsätzlich (open-by-default) online verfügbar zu machen. Dieser Standard soll in einer Rechtsverordnung als open-by-default – nach Vorbild des Transparenzgebotes im Hamburger Transparenzgesetzes berücksichtigt werden. Zur Umsetzung der Open-Data-Strategie benennen die Behörden jeweils zentrale Verantwortliche in ihren Häusern. Dadurch wird die wirtschaftliche und gesellschaftliche Verwertung der Daten, beispielsweise für Mobilitäts-Anwendungen und -Apps, ermöglicht. Neue Tools machen das Leben einfacher oder komfortabler, z.B. spezielle Angebote für Blinde, für mobilitätseingeschränkte oder die grüne Bärenkarte. In einem regelmäßigen Ideen-Hackathon rufen wir alle interessierten Akteure zur Entwicklung und Umsetzung neuer bürgernaher Services für Berlin auf.

Auch bei der Umsetzung und Weiterentwicklung des Informationsfreiheitsgesetzes hat Berlin noch Luft nach oben. Zu viele Anfragen werden zu langsam bearbeitet oder führen für die Anfragenden zu hohen Kosten. Wir werden daher die Gebührenordnung prüfen und mit unserer Open-Data-Strategie dafür sorgen, dass Informationen leichter und schneller verfügbar sind.

Digitale Bürgerbeteiligung: Gleichzeitig wollen wir eine bessere Grundlage für digitale Beteiligungsprozesse schaffen. Die Plattform mein.berlin soll mit Vorhabenlisten und einer Bündelung aller Beteiligungsmöglichkeiten der Stadt zum festen Bestandteil bei Stadtplanung weiterentwickelt werden. Dabei wollen wir eine Vernetzung zwischen analogen Beteiligungsverfahren und den beiden grundlegenden Beteiligungsstufen „Information“ und „Konsultation“ schaffen. Die Beteiligungsstufen mit digitalen Informationen über Planungen und Planungsstände sowie der Möglichkeit der Kommentierung und Einreichung von Ideen und Vorschlägen sind für eine moderne Stadtplanung sinnvoll. Dabei werden wir das Thema der „digitalen Spaltung“, also welchen gesellschaftlichen Gruppen diese Formate (nicht) zugänglich sind, immer im Blick haben, der Koordinator „Digitales Berlin“ wird dazu den entsprechenden Austausch initiieren.

Wo möglich, wollen wir auf offene Standards in der Verwaltung, wie Open-Source-Modelle in der Softwarenutzung setzen. Ein Beispiel ist eine Berliner Open-Source-Lösung für die Wahlauswertungssoftware. Der laufende Vertrag mit dem bisherigen Anbieter läuft 2019 nach der Europawahl aus und bietet Berlin die Chance zum Umstieg. Um schnell und sicher zum Ergebnis am Wahlabend zu kommen, werden die einzelnen Auszählergebnisse der Wahllokale über eine Software zusammengerechnet. Aktuell fehlt ein geeignetes Open-Source-Produkt, dies ist vor allem ein Sicherheitsproblem. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Berlin seinen Beitrag leistet und eine mögliche Entwicklung der Open-Source-Community spätestens für Einsatz bei den Wahlen 2021 aktiv unterstützt. Im Zuge der anhaltenden Diskussionen um die verschiedenen Software-Lösungen zur Erfassung und Auswertung von Wahlergebnissen unterstützen wir den Vorschlag des Chaos Computer Clubs, diese Wahlauswertungssoftware ab der nächsten Wahl mit offenem Quellcode einzusetzen.

Big Data: eine verantwortungsbewusste Politik für den Umgang mit Daten in Berlin

Unsere vernetzte, digitalisierte und automatisierte Gesellschaft wird maßgeblich auf der Verarbeitung von Daten beruhen. Dabei geht es um ganz unterschiedliche Datenarten, die in unserer Stadt anfallen, wie Luftreinheitsdaten, Daten über die Zusammensetzung von Schulklassen, bis hin zu ganz persönlichen Daten über individuelle Gesundheitsuntersuchungen.

Uns ist bewusst, dass in der intelligent vernetzten Stadt der Zukunft Daten umfassender als bisher genutzt und verarbeitet werden müssen. Klar ist aber für uns Grüne, Datenschutz und Datensicherheit sind dabei oberste Priorität und die Basis für Vertrauen der Menschen in neue Angebote. Wir werden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritt nicht gegen den Datenschutz ausspielen, sondern auf diesem aufbauend Antworten und Konzepte entwerfen. Die intelligente Nutzung von vollständig anonymisierten oder nicht personenbezogenen Daten kann die Lebensqualität für alle Menschen in Berlin steigern. Wo werden welche Bücher ausgeliehen, wie sind die Einkommen in der Stadt verteilt oder in welchem Zustand befindet sich welche Schule? Intelligent verknüpft lassen sich aus diesen Daten entsprechende Schlüsse ziehen und automatisierte – über hinterlegte Algorithmen – Handlungsvorschläge erstellen, wenn man weiß, was man will oder regeln möchte. Die Frage, wie solche algorithmischen Entscheidungssysteme arbeiten und gesteuert werden, vom Lernprozess mit Trainingsdaten, der Auswahl aktueller Daten, über Bewertungskriterien bis hin zu Abwägungsdeterminanten, ist eine der großen Steuerungsfragen unserer demokratischen Gesellschaft. Hier werden wir als Land Berlin nicht alles alleine regeln und kontrollieren können. Wir werden die grundrechtliche Gestaltung stärker auf die nationale und europäische Agenda heben und selber aktiv in diesen Diskussions- und Regulierungsprozess einbringen. Für Berlin müssen wir zum Beispiel heute eine Idee für grundlegende Werte und Regeln der intelligenten Stadt entwickeln. Der Einsatz entsprechender Systeme muss eindeutig geregelt werden. Es geht nicht nur um die Kenntlichmachung solcher Systeme, sondern es dürfen nur solche eingesetzt werden, wo durch Offenheit die Kontrolle und Aufsicht möglich ist, um Gefahren von Diskriminierung und Kontrollverlust entgegenzuwirken und Verantwortlichkeiten eindeutig geklärt sind. Wir schauen hier interessiert auf andere Metropolen wie New York oder Barcelona, die zeigen und als Vorbild

dienen können, wie Städte diese Fragen angehen. Die Steuerung eines diskriminierungsfreien und kontrollierbaren Einsatzes und Kenntlichmachung wird beim Digitalisierungssenat liegen.

Viele Aufgaben in der intelligenten Stadt werden – auch im Land Berlin – von Dritten wahrgenommen. Ein verantwortungsbewusster Umgang mit Daten bedeutet dann aber, die Daten nicht abzugeben aus der eigenen Zuständigkeit, sondern durch **Vergaberecht** eindeutig zu regeln, dass die Verantwortlichkeit und Kontrolle beim Einzelnen oder bei öffentlichen Stellen bleibt. Wir planen, die intelligent vernetzte Stadt der Zukunft auf Grundlage der Bedürfnisse der Menschen und sorgen damit dafür, dass Allgemeinwohl, Datenschutz und Datensicherheit im Mittelpunkt stehen. Die schleichende Privatisierung öffentlicher Daten lehnen wir hingegen klar ab.

Digitalgestützte Mobilitätsangebote können für mehr Qualität, Sicherheit, geringere Kosten und bessere Ökobilanz sorgen. Carsharing, Ridesharing und Bikesharing sind inzwischen fester Teil des Stadtverkehrs und unserer Fortbewegung durch Berlin. Mit der landeseigenen BVG haben wir ein Unternehmen, das die Chancen der Digitalisierung aktiv aufgreift. Eine der aktuellen Innovationen – das Smart-Shuttle-Angebot Berlkönig – soll noch in diesem Jahr als Ergänzung zum regulären ÖPNV auf die Straße gebracht werden. Wir werden mit den vielen neuen Unternehmen in Berlin weitere neue Angebote erarbeiten und aktiv für das Ausprobieren dieser werben, um die besten Mobilitätsangebote für Berlin zu entwickeln. In Zukunft werden Mobilitätsangebote immer stärker durch Plattformen verknüpft werden. Wir werden uns dafür einsetzen, dass alle Anbieter die in Berlin am Markt sind - ob Mobilitätsdienstleister oder Plattformbetreiber - ihre Daten veröffentlichen, um durch die Schnittstellenzusammenarbeit noch mehr Angebote für die Berlinerinnen und Berliner bereitstellen zu können.

Höchste Vertraulichkeit und Sicherheit sind die Vorgabe für die Datenverarbeitung im Gesundheitsbereich. Wir brauchen klare Regeln: Technische Lösungen müssen für die Menschen gedacht sein und sie schützen. Wir wollen den Patientennutzen in den Mittelpunkt stellen und dafür die intelligente Vernetzung von Gesundheits- und Forschungsdaten sowie Kooperationen mit der hiesigen Gesundheitswirtschaft aktiv nutzen. Die medizinische Forschung hat ein großes Interesse an Gesundheitsdaten. Hier müssen Standards entwickelt werden, die die Daten bei Wahrung des Datenschutzes besser nutzbar machen, Missbrauch ausschließen und Patientenrechte wahren. Die landeseigenen Krankenhäuser und Forschungseinrichtungen müssen hier mit einem datenschutzfreundlichen Vorbild vorangehen. Die EU-Datenschutzgrundverordnung hat hierzu vielfältige Regelungen, die wir in Berlin implementieren werden. Mit den Ärztekammern und den wissenschaftlichen Instituten in Berlin werden wir den Austausch starten, um Antworten im Sinne des Allgemeinwohls zu erarbeiten. Gerade im Gesundheitsbereich wollen wir Ideen, wie die Spende von Gesundheitsdaten, zum Beispiel für die Forschung an neuen Medikamenten, begleiten und den Dialog über innovative Herangehensweisen in diesem Bereich starten.

Telemedizinische Angebote können persönliche Visiten nicht ersetzen, können sie aber ergänzen. Telemedizin ist in anderen Ländern schon Realität und auch in Deutschland steht die ausschließliche Online-Behandlung bevor - dabei gilt es Rechtssicherheit für Ärzt*innen und Patient*innen zu schaffen und verbindliche Qualitätsstandards zu definieren.

Datenschutz: Voraussetzung für die Akzeptanz durch die Nutzer*innen

Datenschutz war und ist kein Selbstzweck, sondern essentiell in der digitalen Zukunft. Er dient der Privatsphäre und der freien Entfaltung der Persönlichkeit in der Öffentlichkeit. Vertrauen in digitale Entwicklungen kann es letztlich nur geben, wenn klar ist, was mit den Daten passiert und Datenschutz und Datensicherheit die beschriebene oberste Priorität haben. Deshalb setzen wir uns zum Beispiel für eine verpflichtende Ende-zu-Ende-Verschlüsselung aller elektronischer Kommunikation der öffentlichen Verwaltungen ein. Als Fraktion haben wir seit langem die technische Grundlage geschaffen, E-Mails verschlüsselt zu versenden. Mit einer Informationsoffensive werden wir intern und extern für die stärkere Nutzung werben.

Für uns Grüne gilt, private Daten sind kein Eigentum, das wie ein gebrauchtes Auto verkauft werden kann. Ein souveräner Umgang mit unseren Daten ist im 21. Jahrhundert unerlässlich. Dazu müssen Menschen aber auch in die Lage versetzt werden, mit ihren Daten selbstbestimmt umzugehen – die Kontrolle und Rechte über die Daten liegen bei den Menschen, den Nutzer*innen, den Patient*innen, und nicht den Arztpraxen, Mobilitätsunternehmen oder Tech-Firmen. Hierfür wollen wir bspw. in der Digitalen Woche Angebote schaffen, um über Rechte und praxistauglichen (Selbst-)Datenschutz aufzuklären. Datenschutz auf der Basis der informationellen Selbstbestimmung gehört in das 21. Jahrhundert überführt, durch praxistaugliche und durchsetzbare Rechte des Einzelnen und Möglichkeiten, die Weitergabe und Weiternutzung von anonymisierten Daten zu verbessern.

Um eine schlagkräftige Berliner Datenschutzaufsichtsbehörde zu haben, die ihren durch die EU-Datenschutzgrundverordnung gestärkten Prüf-, Aufsichts- und Beratungspflichten tatsächlich wahrnehmen kann, wollen wir diese weiter personell aufstocken und ermutigen stärker den öffentlichen Diskurs zu suchen und Digitalisierungsprojekte des Landes kritisch zu begleiten.

IT-Sicherheit stärken: Verantwortung jedes/r Einzelne*n aufzeigen

Die Verwundbarkeit unserer digitalen Infrastruktur ist ein ernsthaftes Problem für unsere Freiheit, Sicherheit und wirtschaftlichen Erfolg. Firmen und Behörden müssen dafür Sorge tragen, dass ihre IT-Infrastruktur tatsächlich den gebotenen Sicherheitsanforderungen entspricht und ihre Mitarbeiter*innen umfassend geschult sind. Ziel muss eine flexible Strategie sein, die den oft täglich wechselnden Angriffsmöglichkeiten schnell und effektiv begegnet. Sicherheit muss im Land Berlin „by Design“ gedacht und umgesetzt werden - in der IT-Struktur des Landes genauso wie bei den Kriterien der Vergabe.

Wir setzen uns für eine Landes-Awareness-Strategie der IT-Sicherheit ein und werden eine verpflichtende und regelmäßige Weiterbildung sowie eine erlebnisorientierte Sensibilisierung der Berliner Mitarbeiter*innen im Öffentlichen Dienst entwickeln. Wir wollen jährlich einen Awareness-Preis ausloben, um Sicherheitslücken in den IT-Systemen des Landes schneller zu finden und alle Nutzer*innen, intern wie extern, ermutigen, sich daran zu beteiligen („Bug Bounty“-Programme). Der Awareness-Preis wird mit einem Preisgeld ausgezeichnet.

Programme zur Förderung der IT-Sicherheit werden sich durch viele Maßnahmen durchziehen, sei es bei der Digitalagentur wie auch bei der Digitalen Woche. Wir schlagen vor in 2019 den ersten Berliner IT-Sicherheitsbericht vorzulegen, um den Fortschritt der Maßnahmen zu dokumentieren wie auch aktuell Angriffsszenarien aufzuzeigen und somit wiederkehrend Öffentlichkeit für dieses wichtige Thema schaffen.

Digitales Bürgeramt: ein erster Schritt auf dem Weg zur digitalen Verwaltung

Als Koalition haben wir in Berlin eine neue Struktur auf den Weg gebracht: Das **Digitale Bürgeramt**. Alle Berlinerinnen und Berliner können sich hier seit kurzem über ihr persönliches Service-Konto Berlin beim Service- und Dienstleistungsportal der Berliner Verwaltung anmelden. Zum Start werden damit bestehende Online-Dienstleistungen gebündelt: der Kita-Gutschein-Online-Antrag, die Gewerbeanmeldung über den einheitlichen Ansprechpartner sowie der Online-Bewohner-Parkausweis. Die Anbindung der Beteiligungsplattform des Landes mein.berlin.de soll zeitnah folgen. Zukünftig sollen weitere Verwaltungsabläufe, wie die Beantragung des Wohngeldes, von der Antragsstellung bis zur Zustellung eines Bescheides komplett online abgewickelt werden können. Dies ist nicht eine deutliche Entlastung für die Bürger*innen, sondern hat auch einen Mehrwert für die Verwaltung.

Grundsätzlich soll zukünftig die elektronische und digitale Abwicklung präferiert werden, wenn kein Schriftlichkeitserfordernis oder persönliches Erscheinen notwendig ist. Einige rechtliche Grundlagen dafür haben wir mit dem Formanpassungsgesetz bereits 2017 geschaffen. Alle entsprechenden Formulare der Berliner Verwaltung werden zukünftig über ein einheitliches Portal grundsätzlich und zur interaktiven Verwendung zur Verfügung gestellt.

Digitale Daten-Truhe schützt private Daten: Zeitgleich mit dem Aufbau des digitalen Bürgeramtes werden wir die Entwicklung eines transparenten **Datenchecks** vorantreiben. In der Daten-Truhe des Nutzerkontos im digitalen Bürgeramt sollen Bürger*innen sich mit dem Datencheck jederzeit über die individuellen Einwilligungen zum Datenaustausch informieren und Freigaben verändern können. Ein solcher Datencheck muss zukünftig eine Basisfunktion für alle Fachverfahren der digitalen Verwaltung sein. Damit erhält jede*r Bürger*in einen einfachen Überblick über die vom Land gespeicherten personenbezogenen Daten.

Ein weit verbreiteter Kritikpunkt an eGovernment-Angeboten ist die mangelnde Verfügbarkeit von Statusangaben. Wir setzen uns dafür ein, dass die Bürgerinnen und Bürger zukünftig online einsehen können, wie weit die Bearbeitung ihrer Vorgänge fortgeschritten ist. Dies schafft

Transparenz und beugt Frustration vor. Zudem werden wir die wachsenden Angebote der digitalen Verwaltung öffentlich bewerben.

Verwaltungsmodernisierung als Grundlage für die digitale Verwaltung: einfach und bequem online

Für eine digitale Verwaltung müssen alle Geschäftsprozesse in den Berliner Behörden auf den Prüfstand und nach einer grundlegenden und tiefgreifenden Optimierung digitalisiert werden. Derzeit gibt es über 300 IT-Fachverfahren. Wenn diese Fachverfahren abgelöst, erneuert und dabei reduziert werden, müssen sie möglichst einem offenen Standard folgen, miteinander kompatibel sein und den gesamten Arbeitsprozess vom Kundenkontakt über die Bescheid-Erteilung bis hin zur Archivierung abbilden. Eine Studie des "Kompetenzzentrums Öffentliche IT" hat gezeigt: Wenn nur die 60 meistgenutzten Verwaltungsabläufe digitalisiert würden, hätte dies eine Einsparung von 34% des bürokratischen Gesamtaufwandes zur Folge. Priorität haben dabei Produkte der Liste der 100 beliebtesten Verwaltungsprodukte, die Stück für Stück an das Service-Konto angeschlossen werden sollen. Digitalisierung muss am Ende bei den Bürger*innen ankommen. Deshalb ist es wichtig, schon während des Prozesses wichtige Projekte zur Erleichterung des Alltags der Berliner*innen zugänglich und die Transformation der Stadt sichtbar zu machen.

So wollen wir unter anderem die öffentlichen Bauvorhaben Berlins verbessern, indem wir in allen Baudienststellen und bei allen Bewirtschaftern von Immobilien Systeme für das Building Information Modeling (BIM) einführen. So werden Bauprozesse organisiert und digital unterstützt. Das Ergebnis wird konsistente Planung, Kostenkontrolle und das Wissen um die eingesetzten Bauteile sein. Für jedes Gebäude wird ein Bauwerksdatenmodell erstellt, mit dem alle Beteiligten arbeiten.

Wir werden zudem einen größeren Fokus auf bundesweite Kooperation setzen: Gute Digitalisierung in der Verwaltung darf nicht weiterhin aus einzelnen, untereinander inkompatiblen Leuchtturmprojekten bestehen. Vielmehr müssen die Länder und Kommunen voneinander lernen. Dazu wird Berlin seinen Teil beitragen. Zu diesem Zweck wollen wir von Berlin aus eine Bundesratsinitiative starten, die eine Pflicht zur Kooperation bei digitalen Verfahren beinhaltet, jedoch gleichzeitig größere Rechtssicherheit schafft. Offene Schnittstellen müssen geschaffen werden, um den Berliner*innen aus dem Service-Konto heraus den bequemen Zugang zu Online-Angeboten der Bundesbehörden zu ermöglichen.

Diese digitale Verwaltungsreform ist einer der größten Projekte der kommenden Jahrzehnte. Einen konstruktiven Interessenausgleich im Digitalisierungsvorhaben zwischen Bezirken und Hauptverwaltung sowie zwischen Beschäftigten und Behördenleitung wollen wir nachhaltig und auch strukturell befördern.

Digitale Schule: heute die digitalen Weichen für morgen stellen

Was müssen Jugendliche in ihrer Ausbildung heute lernen, um zukünftig beruflich erfolgreich zu sein? Gerade aufgrund der Unsicherheiten und der offenen Fragen wollen wir heute die Weichen für Morgen stellen, um lebenslanges Lernen sowie die digitale Bildung und Weiterbildung zur Sicherung einer Teilhabe für alle Menschen aktiv zu betreiben.

Schulen können nur zu digitalen Lernorten werden, wenn die Voraussetzungen stimmen. Deshalb stehen im aktuellen Doppelhaushalt insgesamt fast 15 Mio. Euro für Schul-IT-Administratoren, die die IT-Geräte in den Schulen pflegen, zur Verfügung. Trotz der Erfolge bei der Personalausstattung sind die Schulen beim Breitbandanschluss, WLAN-Angeboten und der Hardware weiterhin unterversorgt. Hier besteht dringender Handlungsbedarf, den wir angehen wollen. Bei der Ausstattung wollen wir Schulen die auf Open-Source-IT setzen besser unterstützen. Für einen zeitgemäßen Umgang mit mobilen Endgeräten in Unterricht und Pausen wollen wir Schulen unterstützen und Entscheidungen in den jeweiligen Schulgremien befördern.

Zur Stärkung der digitalen Medienkompetenz von Schüler*innen, Eltern und pädagogischen Kräften bedarf es eines abgestimmten Gesamtkonzepts. Zwar sind im neuen Rahmenlehrplan die Grundlagen gelegt, aber Berlin ruht sich auf früheren Erfolgen des 13 Jahre alten eEducation-Masterplans aus und lässt ansonsten die Schulen konzeptionell, strukturell und finanziell ebenso allein wie die Träger der außerschulischen Medienbildung. Die aktuellen „Leitprojekte“ des eEducation-Masterplans gleichen einem Flickenteppich, nicht aber einem abgestimmten Konzept. Das Land benötigt dringend eine Gesamtstrategie, die folgende Bestandteile beinhalten muss: Fort- und Weiterbildungskonzepte für Lehrkräfte, Implementierung der Medienkompetenz im Unterrichtsgeschehen und Schulalltag sowie Kooperationsstrukturen mit außerschulischen Partnern.

Die neuen Rahmenlehrpläne und die damit verbundene Notwendigkeit neuer Lehrmaterialien bieten hier eine riesige Chance. Die nun zur Verfügung gestellten Mittel für freie Bildungsmedien, sogenannte Open Educational Resources, bilden einen ersten Schritt, mit dem Lehrkräfte qualitativ hochwertige Lehr- und Lernmaterialien mittels Onlineplattform unter einer offenen Lizenz zur Verfügung gestellt bekommen. Dadurch können Lizenzkosten gesenkt und die Unterrichtsmaterialien aktueller gehalten werden.

Der entscheidende Baustein im Rahmen der Digitalisierung ist aber die laufende Weiterentwicklung des Unterrichts. Dabei sollen die Schüler*innen aktiv als Expert*innen in eigener Sache einbezogen werden, auch für die Weiterbildung der Pädagog*innen.

Digitale Weiterbildung: immer weiter dran bleiben - am digitalen Wandel

Digitalisierung im Bereich der Lehrangebote von Hochschulen bietet große Chancen – gerade bei berufsbegleitenden Studienangeboten oder für Menschen, die aus unterschiedlichen

Gründen nicht in Vollzeit- und Präsenzangeboten studieren können oder wollen (wie auch bei einer Vielzahl von Geflüchteten, die bei uns leben).

Darüber hinaus wollen wir für die digitalbezogene und digitalisierte Bildung die **Volkshochschulen (VHS)** weiterentwickeln. Die neuen VHS-Servicecenter wollen wir zusammen mit den Berliner Universitäten und öffentlichen Bildungseinrichtungen für „**Digital Summer Schools**“ gewinnen, in denen die freien Räume der Sommerpause für vielfältige digitale Weiterbildungsangebote genutzt werden können, um Digital- und Medienkompetenz zu stärken.

Die Berliner Bibliotheken sind die Knotenpunkte, an denen digitale Technologien einem breiten Publikum zur Verfügung gestellt werden. Scanner, Computer mit Mailzugang oder Playstations gehören schon heute hier und da zum Standard. In der Schillerbibliothek in Mitte gibt es neuerdings einen 3D-Drucker. Berlin braucht mehr davon! So stellen wir digitale Technologien der Allgemeinheit zur Verfügung. Damit werden Bibliotheken noch mehr zu den lebendigen Orten der Wissensvermittlung, des Weiterlernens und des Machens. Diesen neuen Trend der sogenannten “Makerspaces” unterstützen wir ausdrücklich.

Wie viel digitale Innovation in der Stadt schon einen festen Platz hat, merkt man oft erst, wenn man es gesammelt vorgeführt bekommt. Unser Ziel ist, die Digitalisierung für möglichst viele Menschen erlebbar zu machen. Wir wollen eine **Digitale Woche Berlin** etablieren. Vom digitalen Klassenzimmer über die Werteentwicklung einer digitalen Gesellschaft bis hin zum Einsatz von Robotern in der Pflege soll die Themenvielfalt interessierte Bürgerinnen und Bürger eine Woche lang zu einem intensiven Dialog mit den digitalen Gestaltern einladen. Öffentliche Orte wie Stadtteilzentren, Bibliotheken und Rathäuser sollen dabei ebenso ihre Tore für Veranstaltungen öffnen wie private Vereine und Firmen, die ihre Fortschritte und Bildungsmöglichkeiten präsentieren wollen.

Digitaler Kiez: Im Dialog mit Nutzer*innen und Mitarbeiter*innen unserer Stadtteilzentren wollen wir diese weiterentwickeln. Sie können einen wichtigen Beitrag leisten, um Menschen, die sich unsicher in der digitalisierten Welt bewegen, zu unterstützen und so der digitalen Spaltung entgegenwirken. Lernen können wir dabei auch von Projekten wie dem digital-analogen Briefkasten des Senioren-Computerclubs in Berlin-Mitte, der auch handschriftliche Briefe auf eine Nachbarschaftsplattform überträgt.

Gleichzeitig legen wir auf die Befähigung von Senior*innen im Umgang mit den digitalen Medien ein besonderes Augenmerk. Wer rechtzeitig den Zugang zum Internet und digitalen Messengerdiensten findet, wird nicht von den gängigen Kommunikationsmedien ausgeschlossen und kann drohender Vereinsamung im Alter begegnen.

Resozialisierung durch Digitalisierung: Durch den Aufbau digitaler Angebote im Justizvollzug wollen wir die Resozialisierung der Gefangenen verbessern. In einem Pilotprojekt der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung wird eine entsprechende Netzwerkinfrastruktur in der JVA Heidering auf einer Wohnebene mit bis zu 70

Haftplätzen installiert. Die zur Verfügung gestellten Websites werden nach ihrer Eignung zu Bildungszwecken oder zur Entlassungsvorbereitung ausgewählt. Jenseits von Internetdiensten wird auch der E-Mail-Verkehr für die Inhaftierten erprobt werden.

Digital Sozial: mit dem digitalen berlinpass die Digital Concert Hall buchen

Digitale Technologien bringen den Berlinerinnen und Berlinern auch kulturelle Angebote nach Hause. So bieten die Berliner Philharmoniker die „Digital Concert Hall“ an. Über ein Abo können die Konzerte von Sir Simon Rattle und Co. in die eigenen vier Wände gestreamt werden. Obwohl seit dem 1. Mai 2005 Menschen, die Transferleistungen wie Grundsicherung, Wohngeld oder Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz beziehen, mit ihrem berlinpass an zahlreichen Berliner Bühnen und Konzerthäusern vergünstigte Karten erwerben können, fällt dieses Angebot nicht darunter. Wir wollen den berlinpass an dieser Stelle in die digitale Welt übertragen. Ein digitaler berlinpass soll zukünftig Zugang zu bereits existierenden und neuen digitalen Online-Kulturangeboten wie bspw. Konzert und Theater-Streaming sein und auch hier Vergünstigungen ermöglichen. Bei entsprechenden Vertragsgestaltungen sind zukünftig die dafür nötige Rechte im Vorfeld zu berücksichtigen.

Digital klimaneutral: eine neue digitale Agenda muss auch öko - von Green IT bis zu Erneuerbaren Energien

Die Frage des Energieverbrauches von IT-Infrastruktur stellt sich auch für das Land Berlin angesichts des steigenden Bedarfs an Rechenzentren für die digitale Verwaltung. Diese muss auf Basis einer konsequenten Energie- und Ressourcenwende betrieben werden. Dabei sind die energieeffiziente Kühlung und Nutzung der Abwärme von Servern, energiesparende und möglichst fair produzierte Hardware, Nachnutzung und Recycling von elektronischen Geräten nur einige Maßnahmen, die in Berlin ergriffen werden. Damit die Digitalisierung nicht das Klima belastet, muss sie zwangsläufig mit einer Dekarbonisierungsstrategie einhergehen. Es ist anzustreben, dass auch Rechenzentren der Berliner Verwaltung und Landesunternehmen ausschließlich Ökoenergiestrom beziehen.

Die Diskussion zum Energieverbrauch von Kryptowährungen wie Bitcoin zeigt beispielsweise die Herausforderungen der digitalen Innovationen. Daher werden wir alle Maßnahmen der Digitalisierung der Berliner Verwaltung auch unter dem Gesichtspunkt von Energie- und Ressourcenverbrauch hinterfragen mit dem Ziel möglichst effizient und mit Strom aus Erneuerbaren Energien die digitalen Technologien zu nutzen. Wir streben daher an, dass sich das immer weiter digitalisierende Berlin komplett aus Ökoenergie versorgt. Dies soll wie auch das Ziel der Nutzung möglichst fairer Rohstoffe in der Hardware in der neuen Klimaschutzvereinbarung mit dem IT-Dienstleistungszentrum Berlin festgeschrieben werden.

Die Digitalisierung spielt bei der Anwendung Erneuerbarer Energien, in der Konsumenten auch selber Energie produzieren und sogenannte Prosumer sind, eine entscheidende Rolle. Intelligente Netze, die sogenannten „smart grids“ transportieren nicht nur mehr Energie sondern

auch Informationen und ermöglichen damit eine Steuerung von Energieerzeugung, Energieverbrauch und zunehmend auch Energiespeichern. Mit den Berliner Stadtwerken wollen wir diese innovativen Möglichkeiten erproben.

Wirtschaft Digital: Berlins Unternehmen beim technologischen Wandel begleiten

Automatisierung und Digitalisierung haben in den letzten Jahrzehnten Wirtschaft und Arbeitswelt bereits tiefgreifend verändert. Mit leistungsstarken und für immer mehr Menschen und Unternehmen zugänglichen mobilen Technologien (5G) und der Vernetzung der Maschinen untereinander (Internet der Dinge) eröffnen sich für die Wirtschaft und unsere Gesellschaft weitere, heute oft nicht absehbare Veränderungen – mit Chancen und Risiken gleichermaßen. Neue Wertschöpfungsketten entstehen, Arbeits- und Produktionsabläufe verändern sich, gewohnte Berufsbilder verschwinden und neue werden entstehen. Viele Prozesse können künftig intelligenter, materialeffizienter und ökologischer gestaltet werden.

Berlins Wirtschaft hat die Chance, von diesem digitalen Wandel außerordentlich zu profitieren – wenn heute die Weichen richtig gestellt werden. Unsere Universitäten, Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen sind wesentlicher Grund für tausende Startups, sich hier zu gründen und Ursache für den Trend, dass Unternehmen gezielt nach Berlin kommen, um hier Digitalisierung zu lernen und anzuwenden. Wir wollen den Wissenstransfer, Zugang zu Fachkräften, Aufbau von Gründerzentren und Vernetzung mit internationalen Kapitalgebern auch weiterhin fördern.

In vielen Bereichen der Digital-Technologie ist Berlin bereits heute führend in Deutschland oder Europa: sei es beim 3D-Druck, der die Fertigung direkt beim Verbraucher möglich macht oder in der Games-Industrie mit ihren rund 1.500 Unternehmen berlinweit oder bei der sich in Berlin etablierenden Blockchain-Technologie. Die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe wird federführend das Cluster Gesundheitswirtschaft gemeinsam mit Brandenburg mit dem Schwerpunkt Digitalisierung im Gesundheitswesen vorantreiben. Dort wo die Stadt bereits stark ist, wollen wir die führende Rolle Berlins weiter ausbauen, zum Beispiel durch Investitionen in entsprechende Ausbildung und in der Bereitstellung von Räumen und Infrastruktur.

Besonders deutlich werden diese beim Blick auf die Produktion. Durch Industrie 4.0 rücken Verbraucher, Handel und Produktion wieder näher zusammen. Wir wollen die digitale Wertschöpfung in der Region. Die digitalen Fabriken werden sich nicht mehr in Fernost befinden: dezentrale Fertigungseinheiten werden durch Verknüpfung von Informations- und Produktionstechnologie „Einzelstücke vom Band“ zu vergleichbaren Preisen wie bei der Massenproduktion möglich machen – die Wertschöpfung der Produktion kann künftig wieder stärker direkt in Berlin generiert werden. Wir werden Unternehmen ermutigen, bestehende Prozesse ressourcenschonend mit Hilfe von Industrie 4.0 Anwendungen umzugestalten und neue Geschäftsmodelle zu entwickeln.

Unternehmen aus dem Bereich der Finanztechnologie (FinTech) werden unsere Art zu bezahlen revolutionieren. Neue Mobilitätsanbieter werden innovative Ride-Sharing Konzepte entwerfen. Die Berliner Spitzenmedizin wird durch Teleangebote auch dem Brandenburger Umland Unterstützung anbieten. Und mit Hilfe des Internet der Dinge (IoT) können vernetzte Sensoren zeitnah den Zustand eines Objekts an ein anderes übermitteln und so schneller und effektiver als bisher Aktivitäten auslösen – beispielsweise bei der Steuerung der Mülltonnenleerung: ist die Mülltonne voll, funkt sie die Abfallbetriebe an. Dadurch können die Tonnen bedarfsgerecht geleert werden, in touristischen Zentren öfter, als etwa am Stadtrand. Auch bei Kleidung und Schmuck („Wearables“), in der Logistik und beim Smart Home gibt es viele, teils schon heute bekannte Anwendungen.

Dabei werden wir bei neuen Geschäftsmodellen, die originär durch die Digitalisierung entstehen, prüfen, welche Rechtsrahmen angepasst werden müssen – zur Förderung der Innovation auf der einen Seite und zum Schutz des sozialen Zusammenhalts auf der anderen. Es ist Aufgabe der Politik zu verhindern, dass nur eine digitale Elite am Strukturwandel gewinnt und ein neues, digitales Prekariat zurückbleibt. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Sozial- und Arbeitsstandards bei der Arbeit 4.0 durchgängig eingehalten werden und neue Geschäftsmodelle nicht auf Kosten von Umwelt und Ressourcen entwickelt werden. Bildung und Ausbildung müssen noch stärker als bisher auf die Herausforderungen der Digitalisierung ausgerichtet werden.

Die Digitalagentur: hilft kleinen und mittleren Unternehmen analoge Prozesse zu digitalisieren oder neue digitale Geschäftsmodelle zu finden

Die Struktur der Berliner Wirtschaft ist geprägt von Klein- und Kleinstunternehmen. Bedingt durch die geringe Größe verfügen nur wenige über eine eigene IT-Abteilung mit entsprechenden Experten. Auch die Weiter- und Neuentwicklung von Geschäftsmodellen wird in solchen Unternehmen selten professionell betrieben, sondern maximal durch die Inhaber selbst verfolgt. Diverse Studien bestätigen die Defizite. Fazit: Je kleiner ein Unternehmen ist, desto weniger hat es sich mit Digitalisierung auseinandergesetzt. Insbesondere auch für diese Zielgruppe wird die Digitalagentur Anlaufpunkt sein.

Wenn wir über Digitalisierung und Wirtschaft reden, denken viele an die Berliner Startup-Szene. Wir möchten die kleinen und mittelständischen Unternehmen in den Blick nehmen, die bei der Anwendung digitaler Technologien Unterstützung gebrauchen können. Ein konkretes Beispiel ist die Frage, wie das gute alte Faxgerät alteingesessener Arztpraxen in die moderne Informationsstruktur eines Krankenhauses eingebunden werden kann. Oder der Malerbetrieb per Augmented Reality seine Arbeiten auch Kundinnen und Kunden von weiter her präsentieren kann. Von der Digitalagentur werden alle notwendigen Maßnahmen im Bereich der Digitalisierung der Wirtschaft ausgehen. Als zentraler Ansprechpartner unterstützt sie etablierte Unternehmen der Berliner Wirtschaft und vernetzt sie mit allen relevanten Akteuren aus Wissenschaft, Forschung, Verbänden und Digitalwirtschaft. Sie bündelt die Stärken der Vielzahl in der Stadt bereits vorhandener Akteure und macht diese offen zugänglich.

Handwerk, Handel, Dienstleister und produzierendes Gewerbe – alle Wirtschaftsbereiche werden ihre Arbeitsprozesse weiter digitalisieren müssen. Die Digitalagentur wird sie dabei begleiten. Ob sie sich zum ersten Mal mit Digitalisierung beschäftigen, oder bereits digitalisiert sind und ein „neues Level“ erklimmen wollen.

Als Mittler und Lotse der bereits vorhandenen Akteure wird die Digitalagentur die Angebote konkret auf Branchen und Geschäftsfelder herunterbrechen, zielgruppengerecht aufbereiten und in der direkten Ansprache der Zielgruppe näher bringen. Sie wird Best-Practice-Beispiele sammeln und weitertragen und dient als Digital Playground, um konkrete Anwendungen auszuprobieren. Auch mit den entstehenden Hubs für Finanz-Technologie (FinTech) in der Hardenbergstraße und für das Internet der Dinge (IoT) in Treptow wird die Digitalagentur den direkten Wissenstransfer in die Berliner Wirtschaft gestalten. Dabei wird die Digitalagentur nicht nur warten, bis sie von Unternehmen angesprochen wird, sondern auch proaktiv auf Unternehmen zugehen.

IT-Sicherheit ist Wirtschaftsfaktor. Kleinen und mittleren Unternehmen fehlt es oft an eigenen Ressourcen, IT-Experten oder Sicherheitsfachleuten für eine zielgenaue Absicherung ihrer Infrastruktur. Der Bereich ist durch hohe Unsicherheit und Unwissen geprägt. Die Digitalagentur vernetzt die Expert*innen in der IT-Sicherheit, insbesondere die aufgebauten Kompetenzen an den Universitäten und wird gemeinsame Projekte mit wissenschaftlicher Evaluierung planen und durchführen.

Um die Vielfalt der Aufgaben mit voller Dynamik unabhängig durchführen zu können, soll die Digitalagentur als eigenständige landeseigene GmbH aufgestellt werden.